

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Geschäftsstellen die Hälfte.

Nr. 2.

Cöln, den 11. Januar 1907.

VIII. Jahrgang.

Fort mit der Neutralität!

Die Zeit der Reichstagswahl ist die der politischen Hochkonjunktur. Für gewerkschaftliche Dinge, namentlich für die Agitation, bleibt da dem Arbeiter, der sich als Staatsbürger fühlt wenig Zeit. Genau so geht's nicht nur dem einzelnen Arbeiter, sondern auch den „freien“ Gewerkschaften. Wie schon so oft, findet man diese mitten im Kampfgeklirr auf Seiten der Sozialdemokratie. Die auf's neue auf dem Parteitage in Mannheim besiegelte Allianz zwischen Partei und Gewerkschaften, scheint im Reichstagswahlkampf ihre Feuerprobe zu bestehen. Unermüdet sind die „freien“ Gewerkschaften für die Sozialdemokratie tätig, was sie aber nicht hindern wird, auf dem Gipfelpfand nach der Wahl ihre parteipolitische Neutralität zu preisen.

Doch Laffachen reden nur eine zu laute Sprache und sollten unsere Kollegen allenthalben für Aufklärung sorgen und den erbärmlichen Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen. Noch nie haben die Worte Bömelburgs: „Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften sind eins“, die er auf den Gewerkschaftskongressen zu Stuttgart und Köln sprach, eine so glänzende Rechtfertigung gefunden, als bei der jetzigen Wahlkampagne. Ein Blick in die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen und jeder Tag belehrt uns auf's neue, daß die beiden Verbündeten nicht mehr zu trennen sind, zum Schaden der deutschen Arbeiter.

Ibelle Förderung läßt zunächst die Presse der „freien“ Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei angehehen. Vonangehend ist hier das Zentralblatt der genannten Gewerkschaftsrichtung, das Correspondenzblatt der Generalcommission. Es schreibt u. a. in seiner Nr. 52, 1906:

„Nur die Sozialdemokratie, die Arbeiterpartei allein, ist stets eine zuverlässige Stütze der Gewerkschaften gewesen, — nur ihre Wahl können die Gewerkschaften den Arbeitern mit voller Verantwortung empfehlen.“ „Und wann hätten jemals Sozialdemokratie und Gewerkschaften inniger zusammengeschlossen, wann wären sie mehr aufeinander angewiesen, als diesmal, wo es die Verteidigung der gewerkschaftlichen Lebensinteressen gilt und wo zugleich die Regierung die Vertrauensfrage an die Wählerschaft stellt? Vertrauen können unsere Gewerkschaften nur zur Sozialdemokratie haben.“

„Möge jeder Arbeiter dahin wirken, daß alle Arbeiterstimmen sich auf die Wahl von Vertretern der Sozialdemokratie vereinen. Das ist der beste Dienst, den er sich selbst, seiner Gewerkschaft und seinen Arbeits- und Klassen-genossen leisten kann.“

Wer aber als Staatsbürger sich politisch betätigen, seinem Stimmzettel politischen Einfluß sichern will, der muß auch einer politischen Organisation beitreten. Ohne Organisation kein Erfolg, ohne Vereinigung keine Macht. Das weiß jeder Gewerkschaftler. Deshalb genügt es nicht, am Wahltag für die Sozialdemokratie zu stimmen, sondern die Arbeiter haben auch die Pflicht, in die soz. Wahlvereine einzutreten, und deren Ausbreitung zu wirken.“

Ähnliche Töne schlagen auch die Organe der „freien“ Gewerkschaften in der Holzindustrie an. Unsere Kollegen wissen nur zu gut, wie deren Agitatoren sich drehen und wenden, wenn sie vor einem Publikum reden, das nicht sozialdemokratisch ist. Dann wird bei allen Engeln im Himmel hoch und heilig versichert, daß der Verband sich laut Statur nicht um politische Dinge bekümmere und für keine Partei Stellung nehme. Man versteht es vorzüglich solche Komödien zu spielen. Und doch war es gerade der 2. Vorstand des „deutschen“ Holzarbeiterverbandes in Leipzig, der in einer Stuttgarter Parteiverammlung im Jahre 1905 schon erklärte:

„Die Klage über den Mangel an sozialistischem Geist in den Gewerkschaften ist nicht berechtigt; auch die Fachblätter, mit Ausnahme des Correspondenten für Buchdrucker, lassen den sozialistischen Geist nicht vermissen.“

Zu ihrer Nr. 6 vom Jahre 1905 schrieb die „Holzarbeiter-Zeitung“:

„Wohlan denn, nennen wir uns sozialdemokratisch, es kann uns in den schweren wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft, die der Brotwürger hinaufbeschworen hat, nur dienlich sein, wenn wir dieses Zielbewußtsein haben, das in dem Worte sozialdemokratisch liegt, und auch moralisch schaffen wir uns durch die Bezeichnung ein Übergewicht.“

Dasselbe Blatt polemisiert in seiner Nr. 52, 1906. gegen den „nationalen“ Kummel und fährt dann fort:

„Mögen sie „uns“ im Wahlkampf von neuem mit Beschimpfungen und Verleumdungen überschütten, mögen sie uns als vaterlandslose Gesellen und nationale Hezer brandmarken. Wir schleudern ihnen den Schimpf zurück und tragen sieges-trotz das rote Banner in den Kampf.“

Zum Gehehntwurf über die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften nachmals Stellung nehmend, schließt die „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 1, 1906.) folgende Bemerkungen an:

„Es muß unsere Aufgabe sein, die Wiederkehr eines solchen Gesetzes, wie die Weiterführung unserer ganzen arbeiterständlichen Politik unmöglich zu machen, einer fortschrittlichen Sozialpolitik die Wege zu ebnen. Das erreichen wir nur, wenn wir alle unsere Kräfte in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen. Die Sozialdemokratie hat stets gegen die unerhörte Belastung und Verdrückung des Arbeiterstandes angekämpft, und nur mit Hilfe dieser Partei, die im Arbeiterstand wurzelt, die mit uns und durch uns groß geworden ist, und die an der Größe und Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung mitgewirkt hat, wird eine zeitweilige Politik in Deutschland sich durchführen lassen. Nur die Sozialdemokratie hat stets alle jene Forderungen gesetzgebend zu fördern versucht, die wir an die heutige Gesellschaft zu stellen haben, alle anderen Parteien haben sich als unzuverlässig erwiesen, haben teilweise sogar die Interessen der Arbeiterpartei mit Füßen getreten.“

Für uns kann es deshalb zurzeit keine andere Parole geben, als immer und überall für die Verbreitung der soziald. Ideen zu wirken, für Kräftigung der soziald. Organisationen und der soziald. Presse Sorge zu tragen, bei dieser Reichstagswahl der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Nicht besser können wir unser Interesse als Arbeiter und Gewerkschaftler fördern als durch eine rege Wahlarbeit zur Unterstützung der soziald. Partei.“

Noch blindwütiger wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ erweist sich die „Blaser-Zeitung“ in Nr. 1, 1906, für die sozialdemokratische Partei. Sie bringt eine Uebersicht über „Rote Hochburgen“, versichert, daß es keine „für uns“ unbedingt sicheren Wahlkreise gibt und verlangt, daß für die Partei der letzte Wähler an die Urne gebracht wird.

Die „Bildhauer-Zeitung“ läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Die einzige Partei, für die die Wahlausichten günstig liegen, günstiger denn je vorher, das ist die sozialdemokratische. Und da die freien Gewerkschaften nur in der Sozialdemokratie die Vertretung ihrer Interessen im Parlament erblicken, können auch sie nur Gewinn dadurch erzielen.“

„Die deutschen Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse an einer möglichst starken sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage.“

„Der Zimmerer“ verlangt in Nr. 1 1907 die Wahl von Sozialdemokraten, weil ihre Partei allein mit der bisherigen Kolonialpolitik aufräumen könne. Wörtlich schreibt er:

„Nur die Sozialdemokratie will den Eingeborenen wirkliche Kultur bringen. Darum kann kein Arbeiter, welcher Konfession oder welchem Glauben er auch angehört mag, am 25. Januar anders stimmen als sozialdemokratisch. Das fordert gebieterisch die Kultur, die Menschlichkeit, die Arbeiterfrage.“

In seiner Nr. 52 vom 22. Dez. 1906 schreibt dasselbe Blatt:

„Jetzt ist die Gelegenheit gekommen, der Regierung mit Zinsen heimzuzahlen, was sie an den Arbeitern gefressen hat. Die Regierung will ein Vertrauensvotum; sie soll eins erhalten, woran sie keine Freude haben wird. Im Jahrspunkt 1898 bis 1903 wuchs das sozialdemokratische Stimmenheer von 2 107 000 auf 3 025 000. Zu jeder Arbeiter das seine, damit eine gleich große Zunahme auch diesmal eintritt und die vierte Million erreicht wird.“

„Den Gewerkschaftlern auf vorgeschobenen Posten, in den Kleinstädten und auf dem Lande erwächst jetzt eine stolze, eine herrliche Aufgabe.“

Die „Böttcher-Zeitung“ (Nr. 1, 1907) bringt einen Artikel von Paul Umbreit. Nachdem dieser gegen das Zentrum zu Felde zieht, fährt er fort:

„Die übrigen bürgerlichen Parteien kommen für die Vertretung von Gewerkschaftsinteressen noch weniger in Betracht und so bleibt lediglich die Sozialdemokratie als die eigentliche Arbeiterpartei übrig, auf deren Schutz die Gewerkschaften unter allen Umständen rechnen können. Das müssen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern und muß die Gewerkschaftspressen ihren Lesern ungewandelt erklären, wenn sie diese nicht völlig ratlos den Liebeswerbungen aller Parteien überlassen will.“

„Nicht minder müssen die Gewerkschaften ihre Mitglieder dringend daran erinnern, daß die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels nicht ausreicht, um dem politischen Willen der Arbeiterpartei auch den Erfolg zu verbürgen. Ohne Organisation keine Macht! Deshalb müssen die Gewerkschaftsmitglieder auch den sozialdemokratischen Wahlvereinen beitreten und alle Arbeits- und Hausgenossen zu ihnen heranziehen.“

Der gegenwärtige Wahlkampf wird der Einigung von Partei und Gewerkschaften in Mannheim die Feuertaupe geben.“

Den Vogel der parteipolitischen Neutralität schließt das „Correspondenz-Blatt“ des Verbandes der Tapezierer (Nr. 26, 1906) ab. Es gibt den Wahlaufruf der sozialdemokratischen Partei wieder und aneifernd zum Kampfe schließt es:

„Mit gewaltiger Kampfeslust gilt es, den Kampf zu führen und den Sieg an die Fahnen der Arbeiter, der Sozialdemokratie zu heften.“

So steht die politische Neutralität der „freien“ Gewerkschaften aus. Ein Tor ist derjenige christliche Arbeiter, der auf den Sirenenruf dieser Heuchler noch hereinfällt.

Doch mit der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Presse der „freien“ Gewerkschaften ist's nicht genug. Die Beiträge der Mitglieder, unter denen sich leider noch manche befinden, die ihrer Ueber-

zeugung halber nicht hierhin gehören, müssen herhalten, um die Macht der soz. Judenpartei, die der deutschen Arbeiterschaft noch nichts genützt aber sehr viel geschadet hat, zu mehren. So meldet der Vorwärts (Nr. 209, 1906):

Für den Wahlfonds. Die Beiträge von Gewerkschafts-geschäftsstellen und Gewerkschaftskartellen zu den Wahlfonds der einzelnen Kreise mehren sich in erhebender Weise. Wir verzeichnen folgende Spenden: Bremen: Maurer 3000, Bauarbeiter 1. Rate 200, Müller 20, Metallarbeiter 1000, Schuhmacher 200, Handels- und Transportarbeiter 50, Fensterputzer 25, Fabrikarbeiter 500, Schneider 200 M. Bremerhaven: Seelente 500 M. Leipzig: Maurer 3000, Zimmerer 200, Bauhilfsarbeiter 200, Töpfer 1. Rate 100 M. Kiel: Zimmerer 1. Rate 200 M. Köln: Metallarbeiter 500, Verein freier Gast- und Schankwirte 500 M. Breslau: Maurer 300 M. Hensburg: Gewerkschaftskartell 1700 M. Zur Nachahmung empfohlen!“

Zu Nr. 6 1907 meldet der „Vorwärts“ folgendes:

Dem Parteivorstande wurden für die Reichstagswahl überwiesen: Vom Verband der Bauhilfsarbeiter, Zweigverein Berlin 1000 M. Vom Zentralvorstand des Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen-Deutschlands 6000 M. Vom Zentralvorstand des Verbandes der Schuhmacher 2000 M. Vom Zentralvorstand der Brauereiarbeiter, Sektion II. Berlin 500 M. Vom Vorstand des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes (Sitz Berlin) 300 M. Das Gewerkschaftskartell in Wiesbaden hat beschlossen, bei den einzelnen Gewerkschafts-Geschäftsstellen anzuregen, für jedes Mitglied 50 Pfg. an den Wahlfonds abzuliefern.

Die Dortmunder Arbeiterztg. (Nr. 300 1906) berichtet:

Gewerkschaftler des Ruhrgebiets macht's nach! 3000 M. an den Wahlfonds unserer Partei abzuliefern, beschloß in Leipzig eine Versammlung der Maurer. Ferner haben die Bauhilfsarbeiter beschlossen, 200 M., die Müller in Leipzig 30 M. und die Zimmerer 200 M. an den Wahlfonds abzuführen. — Eine gut besuchte Versammlung der Bauhilfsarbeiter in Düsseldorf beschloß, als erste Rate für den Wahlfonds 200 M. abzuliefern.“

Weiter geht noch der Maurerverband in Cöln, der in der „Rheinischen Zeitung“ seine Mitglieder zu Flugblattverbreitung für die soz. Partei auffordert.

Das Dortmunder Kartell der „freien“ Gewerkschaften sagte zu Gunsten des soziald. Kandidaten Bömelburg am 2. Weihnachtstage 1906 folgenden Beschluß:

„Die heute im Tierpark versammelten Vorstandsmitglieder und sonstigen Funktionäre der Freien Gewerkschaften verpflichten sich aus den vom Referenten angeführten Gründen, mit aller Kraft in den Kreisen ihrer Berufsgenossen für die Wahl des Genossen Bömelburg zu wirken. Nur die Sozialdemokratie hat bis her alle Anschläge der Reaktion auf die Gewerkschaften auf das entschiedenste bekämpft und wird dies auch für die Zukunft tun.“

Trotz und alledem wird aber die verlogene Gesellschaft bei der nächsten Gelegenheit wieder mit ihrer parteipolitischen Neutralität unter den nichtsozialdem. Arbeitern frechen gehen. Da ist es nun eine Pflicht unserer Kollegen, den erbärmlichen Heuchlern die Maske zu lüften und zu zeigen, daß wahre Neutralität nur in den christlichen Gewerkschaften zu finden ist.

Gewerkschaften und Arbeitgeber.

Ebenso alt wie die Gewerkschaften ist der seitens der Arbeitgeber und ihren Sachwaltern gegen dieselben erhobene Vorwurf: „Die Gewerkschaften wollen in unberechtigter Weise in die Rechte des Arbeitgebers eingreifen.“ Die Zurückweisung dieser Anschuldigung wird den Gewerkschaften bei uns in Deutschland sehr erschwert durch den Umstand, daß die „freien“ Gewerkschaften die gewerkschaftsfeindlichen oder sagen wir besser gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen der Sozialdemokratie zu den übrigen gemacht haben. Die „freien“ Gewerkschaften werden dadurch zu unersöhnlichen Feinden unserer gesellschaftlichen Ordnung und damit auch in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Arbeitgebern gebracht. Wir haben es hier aber mit einem Fremdkörper im Gewerkschafts-leben zu tun. Wo wir hingegen den Gewerkschaftsgedanken in seiner Reinheit verkörpert finden, wie dieses bei den christlichen Gewerkschaften der Fall ist, da bezwecken die Organisationen keineswegs einen Eingriff in die berechtigten Interessen der Arbeitgeber. Wer sich allerdings auf den Standpunkt des Herrn Vuel stellt, der den Arbeitsvertrag für das ausschließliche Recht des Arbeitgebers erklärt, der mag ruhig in den christlichen Gewerkschaften sogar den schlimmeren Gegner erblicken.

Mit Vorliebe weisen, so schreibt die „Tapezierer-Zeitung“, die Gewerkschaftsgegner auf den § 103 der Gewerbeordnung hin, durch den das „freie“ Arbeitsverhältnis geregelt werde. Die rechtliche Gleichstellung des Arbeiters, wie sie in besagtem Paragraphen ausgesprochen ist, hat für den Arbeiter aber keinen Wert, weil er in der Praxis nicht als gleichwertiger Faktor gegenüber dem Arbeitgeber auftreten kann. Von einer tatsächlichen Freiheit des Arbeitsvertrages könnte doch nur dann die Rede sein, wenn jeder der vertrag-

schließenden Teile die Angebote des anderen Teiles ablehnen könnte, wenn ihm dieselben nicht zusagen. Erwachen dem einen Teile aus der Ablehnung des Vertrages wesentlich empfindlichere Nachteile als dem andern, so kann doch von einem wirklich freien Vertrage nicht die Rede sein. Wie aber ist die gegenseitige Stellung von Arbeiter und Arbeitgeber beim Abschluss des Arbeitsvertrages? Für den besitzlosen Arbeiter und die Besitzlosigkeit ist ja eines der Hauptmerkmale des Lohnarbeiters, ist „nichtarbeiten“ gleichbedeutend mit „nichtessen“. Der Arbeiter muß unbedingt das notwendige Brot für sich und die Seinen schaffen. Das ist ihm aber nur dadurch möglich, daß er einen Arbeitgeber findet, der für seine Arbeitskraft Verwendung hat. Findet der Arbeiter nun keinen Arbeitgeber, der ihm einen zum Leben genügenden Lohn zahlt, so muß er sich eben zu einem, wenn auch noch so ungenügenden Lohne anbieten, wenn er nicht der Armenpflege mit ihren entehrenden Folgen verfallen oder verhungern will.

Durch die Zwangslage des Arbeiters brauchen aber seine Rechte beim Abschluss des Arbeitsvertrages nicht notwendiger Weise gefährdet zu werden, wenn sich auch der Arbeitgeber in einer ähnlichen Zwangslage befindet. Wie steht aber der Arbeitgeber gegenüber dem Arbeiter? In der Regel wird es einfach heißen: „Was der Eine nicht macht, das macht der Andere“. Aber nehmen wir einmal den Fall an, der Arbeitgeber könnte keinen Ersatz für den die Annahme der Arbeit verweigerten Arbeiter bekommen, was würde dann für ihn eintreten? Ein Gewinnverlust, den er eventuell sogar dadurch verhindern könnte, daß er selbst die dem Arbeiter zugedachte Arbeit verrichtete. Mögen aber auch die wirtschaftlichen Nachteile groß sein, die dem Arbeitgeber dadurch erwachsen, daß er keine andere Arbeitskraft bekommen kann — im Vergleich zu dem arbeits- und besitzlosen Arbeiter können sie nur Spreu in der Wagschale sein.

Aber noch durch eine Reihe anderer Momente wird die Stellung des einzelnen Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber ungünstig beeinflusst. Die Person des Arbeiters ist an sein „Verkaufobjekt“, an seine Arbeitskraft gebunden. Während andere Waren von der Persönlichkeit des Käufers dann getrennt werden, wenn das Geschäft als abgeschlossen gilt, übernimmt der Käufer der Arbeitskraft auch zugleich die Person des Käufers. Wer einen Saft Getreide oder Kartoffeln verkauft, der wird zusehen, daß er zu seinem Gelde kommt; damit ist das Geschäft für ihn erledigt. Seine Persönlichkeit bleibt vollkommen frei. Anders aber beim Arbeiter. Durch den Arbeitsvertrag erwirbt der Arbeitgeber nicht nur die Verfügung über die Arbeitskraft des Arbeiters, sondern auch ein gewisses Verfügungsrecht über seine Person. Zudem der Arbeitgeber dem Arbeiter die Arbeit überträgt, bestimmt er zugleich, unter welchen Umständen, bei welcher Beschaffenheit der Luft, welcher Temperatur, Unfallgefahr u. s. w. er die Leistung auszuführen hat. Je größer die Zwangslage des einzelnen Arbeiters beim Abschluss des Arbeitsvertrages ist, um so weniger kann er sein Interesse in den genannten Punkten wahrnehmen.

Diese Ohnmacht des einzelnen Arbeiters zu bezeugen und ihn zu befreien, einen wirklich freien Arbeitsvertrag einzugehen, ist das Bestreben der gewerkschaftlichen Organisation. Dadurch wird das Übergewicht des Arbeitgebers eingeschränkt, aber doch höchstens bis zu den vom Gesetzgeber in der Gewerbeordnung vorgezeichneten Grenzen.

Es aber durch die Gewerkschaft der Ausgleich in den Machtverhältnissen der beiden Faktoren hergestellt, dann ist der Weg gebahnt für eine Verständigung über die Fragen des Arbeitsvertrages. Leider können sich viele Arbeitgeber noch immer nicht dazu verstehen, mit den Arbeitern resp. ihren Organisationen als gleichberechtigten Kontrahenten zu verhandeln — zum Schaden beider Teile.

Mögen auch die Klagen mancher Arbeitgeber über mangelndes Verständnis der Arbeiter für die Schwierigkeiten des Betriebes nicht ganz unbegründet sein — durch ihren Standpunkt des Nichtverhandelns tragen die Arbeitgeber die Schuld an den Dingen, die sie den Arbeitern zum Vorwurf machen.

Über den Einfluß des gegenseitigen Handelns auf die Distanz der Arbeiter schreibt der „Korrespondent“ aus Anlaß der Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe in seiner Nummer 40:

„Der sich seinen Kampfbaukasten in erheblicher Höhe erhalten hat, soll sich ja nicht mit Unterachtern an einen

Visch setzen. Denn dort lernt er auch die Position des Prinzipals würdigen, wie dieser wiederum gehalten ist, den Verhältnissen der Hilfsenschaft Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Rabulale Sozialdemokraten sowie die einseitigsten Gegner aller Arbeiterorganisationen werden in solch einer Woche müde gemacht, wenn sie erst und ehrlich genug sind, in Wirklichkeit an einer Verbesserung bestimmter Verhältnisse mitwirken und einen praktischen Ausbruch dafür schaffen zu wollen. Der Weg des tariflichen Kompromisses besteht eben in gegenseitigen Konzessionen, deren Grenzen durch die gewerblichen Verhältnisse bestimmt werden. Darüber hinaus kann keiner von beiden Zeilen“.

Wenn die Arbeitgeber von ihrem hohen Piedestal herunter die Verhältnisse einseitig beurteilen und jede Verständigung mit den Arbeitern ablehnen, dann können die Arbeiter keinen rechten Einblick in die Produktionsverhältnisse gewinnen und kommen nur zu leicht zu einer harten und ungerechten Beurteilung der Haltung des Arbeitgebers.

Durch gegenseitiges Verhandeln hingegen werden Mißverständnisse und Vorurteile allmählich beseitigt. Wenn die Arbeitgeber die maßvollen Ansprachen der Arbeitervertreter hören, können sie nicht länger ihre Leute als bloße „Hände“ und deren Führer als „bezahlte Agitatoren“ betrachten. Beraten hinwiederum die Angestellten über die achtungsvollen mitfühlenden Antworten ihrer Arbeitgeber, so werden sie gewiß nicht länger sämtliche Unternehmer als bloße „Selbstjäger“ und grausame Unterdrücker brandmarken.

Diese Wandlung im Ton kommt teilweise schon durch die bloße Berührung der Beteiligten miteinander zustande, teilweise durch die aus den Besprechungen hervorgehende Klärung der Tatsachen und Verhältnisse und die damit verbundene Einsicht in die Schwierigkeiten, welche der beiderseitigen Politik zugrunde liegen, während diese Politik bis dahin häufig als Ausfluß bloßen Mutwillens oder schierer Wideretzlichkeit betrachtet worden ist. Der Vorsitzende des Kohlengrubenbesitzer-Verbandes der Grafschaft Northumberland machte vor einigen Jahren die zutreffende Bemerkung: „Als die beiden Parteien noch nicht miteinander zusammenzukommen pflegten, wurden sie einander zweifelhaft oder in falschem Lichte dargestellt. Die mittelbaren Mitteilungen über ihre gegenseitigen Empfindungen waren grundverschieden von dem, was sie heute von Angesicht zu Angesicht übereinander zu hören bekommen“. Vor 50 Jahren jagte der englische Streikführer Grimshaw: „Die „Times“ ist die Bibel der Fabrikanten, das Gold ist ihr Gott, das Silber ihr Christus, das Kupfer ihr heiliger Geist“. Während der Baumwollenspinnerrung von 1893 dagegen, welche arges und weitverbreitetes Elend verursachte, bestand, wie es damals in der „Labour Gazette“ hieß, „zwischen den Beamten der Gewerksvereine und den Schriftführern bzw. Mitgliedern der Ausschüsse der Unternehmerverbände ein ausgesprochen freundschaftliches Verhältnis; sie alle kamen fast täglich an öffentlichen Orten auf ganz gleichem Fuße zusammen“. Unter solchen Umständen müssen die einseitigen großen Reibungsflächen immer kleiner werden.

Der versöhnende Geist des Handelns durchdringt aber nicht nur die direkt Beteiligten, sondern er greift auch über auf jene Kreise, welche zwischen Arbeitern und Arbeitgebern stehen. In diesen Kreisen herrscht nicht selten Uebelwollen, sehr schädliches Uebelwollen gegen die Arbeiterschaft. „Der Unternehmer“, lesen wir in Marshall's „Grundrissen der Volkswirtschaftslehre“, leidet mehr oder weniger unter allem, was seine Arbeiter schädigt; aber die Willkür eines ungeredeten Werkmeisters nimmt sehr wenig Rücksicht auf das wirkliche, wohlverstandene Interesse seines Vorgesetzten“, dem er mit Bewußtsein der Arbeiter zu dienen glaubt. Sehen die Beamten oder Werkmeister jedoch, daß die Chefs selbst mit Arbeitervertretern auf gleichem Fuße zusammenstreffen und in wohlwollender Weise beraten, so muß sich ihre etwaige Annäherung sehr dämpfen. Diese wichtige Wirkung der gemeinsamen Ausschüsse läßt sich überall beobachten.

Auf die Massen der Arbeiter kann sich der Verhandlungsgeist nicht plötzlich, weil nur indirekt, übertragen. Andererseits aber ist die Minderheit, auf welche die einigende Kraft des persönlichen Verkehrs einwirkt, in der Regel eine Elite und daher besonders gut geeignet, die übrigen erzehlich zu beeinflussen. So dringt denn der neue gute Geist wenigstens mittelbar, wenngleich langsam, in die Gesamtheit der Arbeiterschaft ein — um so sicherer, als die Vertreter-Minderheit genötigt ist, ihren ganzen Einfluß nach Kräften geltend zu machen, weil sie die Art der Durchführung der ihnen anvertrauten Aufgabe zu verteidigen haben, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen,

sich den Vorwurf der Fügbarkeit in die Willkür der Chefs anzuziehen, müssen sie sich durch die Darlegung der vernünftigen oder wohlwollenden Erwägungen schützen, die dem Vorgehen beider Parteien im gemeinsamen Ausschuss zugrunde gelegen haben. Uebrigens übt der Einigungsapparat seine Wirkung auf die Leute nicht durch den Einfluß ihrer Vertreter. Schon die bloße Tatsache des Vorhandenseins eines Ausschusses genügt, die Gesinnung gegen den Unternehmer freundlicher zu gestalten; beweist dieses Vorhandensein ihnen doch deutlich, daß jener den guten Willen hat, mit ihnen auf gleichem Fuße zu verhandeln. Der Ausschuss bildet eine öffentliche Widerlegung des alten Vorurteils, daß eine untergeordnete Stellung von Menschenwürdigkeit unzertrennlich ist, und trägt dadurch viel bei zur Beseitigung des bitteren Bewußtseins ungerechter Behandlung.

Gewerkschaften und Arbeitgeber brauchen sich nicht in unverföhnlicher Gegnerschaft gegenüber zu stehen. Wenn die Arbeitgeber Verständnis und Wohlwollen für die Rechte der Arbeiter zeigen, dann werden auch in der Arbeiterschaft die Phrasendrescherei und der Klassenkampf den Boden verlieren, auf dem sie jetzt leider noch manchmal üppig wuchern. Dazu aber ist ein beiderseitiges Entgegenkommen nötig.

Wenn die Arbeitgeber ihren „Herrn im Hause Standpunkt“ aufgeben, dann wird auch in Arbeiterkreisen das Verständnis dafür immer mehr wachsen, daß das Schlagwort von den unbegrenzten Möglichkeiten im wirtschaftlichen Leben nur eine Phrase ist.

Merkmale zur Reichstagswahl.

Wer kann zum Reichstag wählen? Jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt.

Nicht wählen kann der, welcher öffentliche Armenunterstützung erhält oder im letzten Jahr vor der Wahl erhalten hat, wer unter Vormundschaft oder im Konkurs steht oder wer sich nicht im Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte befindet.

Wann wird gewählt? Zeit der Wahl ist am Freitag, den 25. Januar 1907, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, und zwar ununterbrochen, also auch in der Mittagsstunde.

Wo wird gewählt? Jeder kann nur dort wählen, wo er in die Wählerliste eingetragen ist. Besonders in der Stadt muß also jeder sich vorher genau erkundigen, in welchem Bezirk er gehört, und wo sein Wahllokal ist.

Wie wird gewählt? Vor allem verschaffe man sich einen richtigen Stimmzettel. Derselbe muß von weißem, mittelstarkem Papier (9 mal 12 Zentimeter groß) sein und es darf nichts weiter darauf stehen, wie Name, Stand und Wohnort desjenigen, den man wählen will.

Im Wahllokal erhält man einen amtlich abgestempelten Umschlag. Damit tritt man in einen Nebenraum (Wahlzelle) oder an einen verdeckten Nebentisch und kann dort seinen Stimmzettel in aller Gemütsruhe unbeobachtet in den Umschlag stecken. Man sehe aber vorher noch einmal genau zu, daß es der richtige Stimmzettel ist.

Anderer Zettel, die einem von den Zettelverteilern gegnerischer Parteien aufgedrängt wurden, steckt man hier unbemerkt in die Tasche und holt den richtigen Zettel hervor. Demgemäß kann jetzt niemand mehr wissen oder behaupten, wie ein Wähler gestimmt hat. Die Wahl ist also tatsächlich eine geheime und freie. (In dem Raum, wo gewählt wird, dürfen Stimmzettel den Wählern nicht mehr gegeben und auch sonst kein Einfluß ausgeübt werden).

Nachdem man seinen Stimmzettel (nur einen!) in den amtlichen Umschlag gesteckt hat (andere Umschläge oder offen abgegebene Zettel sind ungültig), geht man an den Wahlstisch, nennt seinen Namen und gibt den Umschlag ab. Damit ist die Wahl geschehen.

Welche Stimmen sind ungültig? 1. Stimmzettel, welche nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag (Convent), oder welche in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind; 2. Stimmzettel, welche nicht von weißem, mittelstarkem Papier und nicht von der vorgezeichneten Größe (9 mal 12 Zentimeter) sind; 3. Stimmzettel, welche mit einem Kennzeichen versehen sind;

Arbeiter und Literatur.

I.

Schon in der Schule ist manchem Arbeiterfnde Gelegenheit gegeben, sich Bücher aus öffentlichen und Vereinsbibliotheken zu beschaffen. Zum größten Teil handelt es sich hier um die Unterhaltungsliteratur (Belletristik). Den Jüngling bilden Romane und Romane, lange oder längere poetische Erzählungen, Reisebeschreibungen, Lebensbilder berühmter Männer, Geschichtsbeschreibungen u. s. i. In der ruhigen Kammer und Einsamkeit können diese Bücher charmant auf die Jugend wirken und den geistigen Horizont erweitern.

In die Hände des jungen Volks gelangen aber auch andere Bücher. Viele von diesen wirken zerstörend. Ein jeder, der an dem Kampfe gegen diese Schandliteratur teilnimmt, macht sich um das Volkswohl verdient.

Seinerzeit müssen wir hier in Betracht ziehen, daß diese Art Literatur die Jugend für den Ernst des späteren Lebens unempfindlich macht. Die sinnliche Kunst, die unsere Kampferliteratur durchdrungen ist, wird geschwächt, die Nerven erlahmen, und auf Leute, die nicht charakterlich fest, in ihrem Betrage. Man ist nicht mehr fähig, sich seine Schicksale zu gewinnen. Dann gibt die erste Reaktion: Einweg mit allen poetischen Gesängen. Gabt der Jugend gute Bücher!

Die die Klugheit ist, so bringt das Schicksal in das Paradies. Alle organischen Arbeiter müssen da zu-

kommen, wenn es gilt, diese Sache zu bekämpfen wo es immer sei, besonders in der Werkstatt und Fabrik, auf der Arbeitstätte.

In der Schule läßt sich ja der Lesestoff der Jugend noch überwachen, wenigstens eher als nach der Schulerlassung. Rauch junges Blut, das in der Schule zu den besten Hoffnungen berechtigt, ist später an Leib und Seele verderben. Warum? Wohl nicht allein war es schlechte Literatur und Romanabenteuer, die das Verderben herbeiführten. Hieran ist zweifellos auch der Mangel an guter Lektüre und guter Romanabenteuer schuld, die dem jungen Arbeiter einen Halt und Halt gegeben hätten im Kampf mit den finstern Mächten.

Die Schulentlassenen sind ja noch Kinder, manchmal ja recht große Jünger, aber in ihrer Weltanschauung immer noch Kinder. Unsere schuldlosen Arbeiterkinder haben meistens nicht allzuviel Zeit, um durch Lesen ihre Kenntnisse auszuweihen. In den meisten Fällen wird wohl der Sonntag etwas Zeit übrig lassen und dann möchte sich die Jugend erholen an schon geübter Lektüre, an einem Buche, das über die Zusammenhänge in der Welt, in der Fabrik u. hinweghilft und dem jungen Menschen eine Erleuchtung bietet.

Ganz anders aber ist die Sache, wenn der junge Arbeiter zu Selbstständigkeit heranzieht. Verdammt er dem Geiste eine gute Erziehung, bei man aus ihm einen ganzen Menschen gemacht ihm Solidarität eingeblasen, so treten andere Fragen an ihn heran. Den reches und kraft fähig man auf ihn ein. Die verschiedenen Parteien sind: Schließlich und ein!

Da wird sich nun die mangelhafte Aufklärung fühlbar machen. Was da von den verschiedenen Seiten vorgetragen wird, er kann's noch nicht recht kapieren. Hört er diesen meint er, der habe recht. Bleibt er den andern, denkt er, der letzte habe recht. Deshalb heißt's, Lesematerial her, welches den Arbeiter von der Gerechtigkeit unserer Sache überzeugt. Gewiß soll noch Zeit übrig bleiben für Unterhaltungslektüre. Hier ist ganz besonders auf die vorgenannten Bibliotheken, Volkslesehallen hinzuweisen. Ein Aufenthalt an solchen Stätten ist ohne Zweifel ein Genuss. Die Art des Lesestoffs ist gesund und oft auch nahrhaft für den Geist.

Jedoch muß die Unterhaltungslektüre bei dem erwachsenen Arbeiter mehr zurücktreten. Sie darf hier nur die Stelle des Nachmittags einnehmen. In Augenblicken, da die Arbeiterschaft um soziale Gleichberechtigung ringt, wo tausende und abertausende sich solidarisch stützender Arbeiter vereinigen, um den berechtigten Anteil an den Kulturgütern zu erlangen, da gilt es auch gewappnet sein zu diesem Nietenkampfe.

Dreifach ist der Kampf, in den auch die Arbeiterschaft hineingezogen wird. Nur Blinde sehen ihn nicht und Taube hören nicht das Kriegsgeräusch.

Auf dem religiösen Gebiete kämpft der Geist des Atheismus und des Materialismus gegen christliche Kultur. Hier ist für jeden christlichen Arbeiter die Pflicht anzukämpfen. Die konfessionellen Arbeitervereine, die evangelischen wie die katholischen, sollen ihm Material in die Hand geben zum Kampfe gegen den Unglauben. Der Gottesglaube soll hier neu entfacht werden, frische Nahrung finden.

4. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen (gedruckt oder geschrieben) enthalten; 5. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten (wegen ungenügender Bezeichnung des Namens oder Standes) nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, oder welche sonstige Bemerkungen außer dem Namen, Stand und Wohnort enthalten; 6. Stimmzettel, welche auf eine nicht wählbare Person lauten; 7. Stimmzettel, welche eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten. Mehrere in einem Umschlag (Couvert) enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind alle ungültig.

Was ist in der Wahlagitacion erlaubt? Vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zum Ende der Wahlen hat jeder ohne weiteres das Recht, überall in Häusern, auf Wegen, Straßen, Plätzen u. Zeitungen, Flugblätter, Stimmzettel u. zu verbreiten und zu verteilen. Plakate dürfen indes in Preußen nur dann angeschlagen werden, wenn sie bloß die Einladung zu einer Versammlung enthalten.

Wahlversammlungen und Wahlvereine müssen bei der Polizeibehörde angemeldet werden in jenen Bundesstaaten, in welchen dieses auch außerhalb der Wahlzeit vorgeschrieben ist. Geldsammlungen. Wer ohne die erforderliche polizeiliche Bewilligung eine Geldsammlung (Teller Sammlung) veranstaltet, wird bestraft.

Erlaubt sind Sammlungen zu erlaubten Zwecken, welche bei Gelegenheit einer geselligen Zusammenkunft unter Freunden und Bekannten oder unter Vereinsmitgliedern veranstaltet werden. In öffentlichen Lokalen, Wirtschaften ist eine Sammlung unzulässig, in geschlossener Mitgliederversammlung, auf Arbeitsstellen, Werkstätten u. erlaubt. Dem Verkauf von Ansichtskarten, Parteimarken u. dürfte wohl nichts entgegenstehen.

Wahlrecht — Wahlpflicht. Sehe ein jeder die Wahl nicht als sein Recht an, sondern als seine Pflicht! Sehe es jeder aber auch als eine solche an, wenigstens einen Gleichgültigen oder Schwankenden für die Wahl zu erwärmen und zum Wahllokal mitzunehmen und ihn zur Stimmabgabe zu veranlassen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 12.

Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Januar 1907 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. erhalten die Zahlstellen Dorsten und Radolfzell.

Mit der dieswöchigen Zeitungsendung geht jeder Ortsverwaltung ein Fragebogen zu, der sofort nach der Neuwahl des Vorstandes ausgefüllt und retour geschickt werden muß. Bei der Ausfüllung ist auf eine gut leserliche Schrift, sowie darauf zu achten, daß hinter den Namen auch die genauen Adressen der Verbandsmitglieder angegeben werden. Die Zahl der Mitglieder ist nach Berufen getrennt anzugeben.

Lohnbewegung.

Kampf in Berlin? Mit ziemlicher Gewißheit scheint dieser zu kommen. Der sozialdem. Holzarbeiterverband, der im Wohlgefühl seiner Machtposition die Unterhandlungen mit den Arbeitgebern allein führt, hat bis her noch nicht vermocht eine Einigung zu erzielen. Auf Seiten der Arbeitgeber ist der Kampf gut vorbereitet; und haben sie anstrengend alles getan, um ihren Willen durchzusetzen. Die Kampfesfreudigkeit unter den Kollegen läßt sich nach den Zeitungsberichten nicht beurteilen. Wenn man der „Holzarbeiter-Zeitung“ Glauben schenken darf, ist im roten Verbands Stimmung für den Kampf vorhanden und alles hierfür gut vorbereitet. Wie die Sache auslaufen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jeder Tag kann eine vollständig veränderte Situation bringen. Vorläufig ist jedoch mit der Entlassung aller organisierten Arbeiter am 12. Januar zu rechnen.

Bewegung bei der Firma Ballenberg in Köln. Durch das einmütige Zusammenhalten wurde auf der Möbelfabrik von Ballenberg hierselbst ein anerkannter Erfolg erzielt.

Bei der Firma hatten sich im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Mißständen eingeschlichen, deren Beseitigung von den Kollegen dringend gefordert wurde. In einer am 17. Dez. von unserm und vom deutschen Holzarbeiterverband gemeinsam abgehaltenen Betriebsversammlung wurden die Mißstände besprochen und beschlossen, durch die Vertreter der Verbände bei der Firma vorstellig zu werden. Die Vertreter der Organisationen wurden auch in zuvorkommender Weise empfangen und ihren dann auch das Versprechen gegeben, die einzelnen Sachen zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen. Die Firmeninhaber, die Herren Wanne und Türmer waren auch damit einverstanden, daß am 3. Jan. eine von den Arbeitern selbst gewählte Kommission mit den Organisations-Vertretern ihre Wünsche vorzutragen sollten, um so durch eine gemeinsame Ausprache eine möglichst Klärung der Sachlage herbeizuführen. Die Firma zeigte sich aber auch weiter entgegenkommend, indem sie eine Reihe von Mißständen sofort beseitigte. So wurde der bis dahin dunkle und oft durch Wagen versperrte Fabrieingang beleuchtet und die Wagen beiseite geschafft. Das Pflaster am Eingang zu verbessern erklärte die Firma sich jedoch außerstande, da der Weg städtisch sei und man von ihr doch nicht gut ver-

langen könnte, diese Arbeit auszuführen. Des weiteren wurde von den Arbeitern gewünscht, es möchten wie es früher gewesen sei, wiederum Kontobücher eingeführt werden; diesem wurde ebenfalls gleich Rechnung getragen. Dann müsse man bei Akkordarbeiten manchmal viele Wochen warten, ehe der Preis angegeben würde. Auch hier soll Wandel geschaffen werden, indem in spätestens 8—10 Tagen die Preisfestsetzung erfolgen soll. Besonders schwere Nebelstände waren auch bei der Maschinenaarbeit vorhanden. Hier soll durch Anschaffung einer neuen Maschine Abhilfe geschaffen werden. Auch sollen sonstige bei den Maschinen vorhandene Mißstände beseitigt werden. Eine Reihe weiterer Wünsche, wie wöchentliche Zahlung des Bauzuschlages erkannte die Firma als berechtigt an. Bei notwendigen Straßenbahnfahrten und bei Montagearbeiten soll von Fall zu Fall die Sache untersucht und auch hier den Arbeitern entgegen kommen werden. Das wichtigste von allem aber war der berechtigte Wunsch der Arbeiter, einen höheren Abschlag zu erhalten, da bei der Firma der Abschlag den eigentlichen Lohn ausmacht. Die Akkorde sind nämlich sehr oft so bemessen, daß an einen Ueberfluß nicht zu denken ist; sondern vielfach kommen die Kollegen mit dem Akkordpreis nicht aus. Die Firma zeigte auch Entgegenkommen, es wurden dem größten Teil der Kollegenschaft eine Erhöhung von 25 Pfennig pro Tag gewährt, einige erhielten einen Zuschlag von 50 Pfennig. Leider glaubte die Firma eine generelle Erhöhung des Abschlages nicht gewähren zu können. So wünschenswert es nun auch gewesen wäre, daß sämtliche Arbeiter eine Lohnzulage erhalten hätten, so war doch unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen. Die Firma erklärte sich jedoch auch bereit, die Wünsche der einzelnen Arbeiter zu prüfen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Es wird deshalb notwendig sein, daß alle diejenigen Kollegen, welche sich benachteiligt glauben, an den Meister oder an die Fabrikherrn selbst herantreten, um ebenfalls einen höheren Abschlag zu bekommen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so glauben wir doch einen ganz annehmbaren Erfolg verzeichnen zu können. Sorgen wir durch festen Zusammenhalt und durch eifriges agitieren dafür, daß der Kreis der Indifferenten immer kleiner wird, dann werden auch die übrigen Wünsche der Kollegen erfüllt werden können.

Erfolg bei der Firma Bergs in Krefeld. Mit Einführung des mit der Innung abgeschlossenen Tarifs erhielten die Kollegen die 9 1/2 stündige Arbeitszeit oder eine Lohnerrhöhung von 5%. Nur die Firma Bergs, welche 8 Mann beschäftigt, machte hiervon eine Ausnahme und zahlte noch Löhne von 28—40 Pfg. Die Kollegen, welche sahen, daß mit einem solchen Lohne ein Dasein nicht möglich ist, wandten sich an die Organisationen. Von den zweien hier in Betracht kommenden Verbänden wurde je ein Vorstandsmittglied bei dem Firmeninhaber vorstellig und erzielten diese eine Lohnerrhöhung von 10—20% was einem wöchentlichen Mehrverdienst von 3,50 Mk. bis 4,00 Mk. gleichkommt. Auch werden die Ueberstunden mit Aufschlag bezahlt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dortmund. Ein recht interessantes Bild bot der Jahresbericht welchen unser Vorsitzender in der am Samstag den 5. Januar abgehaltenen und gut besuchten Generalversammlung entwarf. Es sind abgehalten: 23 Mitglieder; 5 öffentliche Versammlungen, davon eine für Stellmacher, 9 Werkstatt, 14 Vorstand, 18 Sitzungen der Lohnkommission und 14 Kartellitzungen. Es wurden 15 Vorträge teils von hiesigen, teils von auswärtigen Rednern gehalten. An Briefen und Karten gingen ein beim Vorsitzenden 63. Ausgingen 70, ohne die des Schriftführers, welche mindestens das Doppelte betragen. Die Mitgliederzahl betrug etwa 83 zu Anfang und 160 am Schlusse des Jahres. Das Vermögen der Lokalkasse stieg von 439,58 Mk. auf etwa 750 Mk. Diesen Ausführungen folgte ein Ueberblick über die stattgefundene Lohnbewegung der Holzarbeiter im letzten Jahre und deren Erfolge für die hiesigen Kollegen. Auch einige Einzelheiten auf den Werkstätten der Firma Berensmann, Schulz, Reich usw. fanden Erwähnung. Die Zahlstelle nahm teil an 3 Konferenzen unseres Verbandes. Auch auf dem in Offen stattgefundenen Verbandstage war unser Vorsitzender als Delegierter des hiesigen Bezirks amwesend. Von wesentlicher Bedeutung war auch der innere Ausbau unserer Zahlstelle durch die Beitragserrhöhung. Der Beitrag betrug zu Anfang des Jahres 40 Pfg. stieg dann auf 50 Pfg. und beträgt seit dem 1. August 60 Pfg. pro Woche. Die Versammlungen waren hier durchschnittlich von fast der Hälfte der Kollegen besucht. Auch wurde im Laufe des letzten Jahres eine besondere Sektion der Arbeits-Stellmacher gegründet. Schließlich sei auch noch auf das Gewerkschaftsfest hingewiesen, welches einen großartigen Verlauf nahm. Trotz der vielen Ausgaben für Unterstützungen, Agitationen, Bildungsarbeiten usw., (ein Kollege hat allein 222 Mk. an Ehrenunterstützung erhalten) können wir immerhin noch mit unseren Kollegen verhältnissen zufrieden sein. Im Punkt Agitation hätte etwas mehr geschehen können, sei es durch Gewinnung neuer Mitglieder, besseren Ausbau des Arbeitsnachweises, des Werkstatt-Delegiertenwesens auch noch besserer Besuch der Versammlungen und der Unterrichtskurse. Vor allem aber auch mehr Benutzung unserer so reichhaltigen Bibliothek. Mögen die christlichen Holzarbeiter sich stets bewußt sein, immer zu kämpfen im neuen Jahr für unsere Gewerkschaftssache ohne Scheu und berechtigtem Selbstbewußtsein weiter arbeiten, unsere Ueberzeugung bekennen und hochhalten ohne Scheu nach rechts und links die Fahne des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Nachdem noch dem bisherigen Vorsitzenden der Dank für die Mühe und Arbeiten, welche derselbe für unsere Sache gebracht hat, ausgesprochen war, wurde auf die am 19. Jan. stattfindende Versammlung hingewiesen, in welcher der Herr Dr. Weber hier, einen Vortrag über ein zeitgemäßes Thema halten wird.

Waldenburger. Die Unternehmer klagen bei jeder Gelegenheit, wenn sie ihren Arbeitern, insolge der erhöhten Lebenshaltung, höhere Löhne gewähren sollen über die Schwunghölzer, die ihnen gemacht wird. Wäre überall die Gewerkschaftsbewegung verbreitet und das erstrebende Ziel: die Tarifverträge allmächtig abgeschlossen, so könnten unmöglich Submissionsangebote eine solche

Differenz aufweisen, wie die Angebote für die Rohrverlegung der neuen Wasserleitung in Wschaffenburg. Unseres Wissens sind solche Unterchiede noch nicht bekannt worden. Es forderten Joh. Mergler und D. Hausen-Wschaffenburg 60 683,12 Mk., C. u. G. Pause (Weglar 82 283,91 Mk., Niedermeyer und Göge-Sietlin 91 772,63 Mk., G. Haus Wschaffenburg 102 781,10 Mk., Ph. Holzmann u. Co.-Frankfurt 107 386,66 Mk., Rothenbücher und Wulenberg-Waldenburger (Unterfranken) 127 327,85 Mk., und die Firma Winn-Giehn 241 587,30 Mk. Der Unterschied zwischen Höchst- und Mindestgebot beträgt somit 180 904,18 Mk. = 300%. Den niederst Submittierenden wurde die Arbeit übertragen. Es war zu spät. Die Submittierenden sahen ein, daß sie schlecht kalkuliert hatten und verlangten noch die Summe von 15 000 Mk. Ihrer Forderung wurde nicht stattgegeben. — Weniger über die Gewerkschaften zu schimpfen, als solche Kalkulationen aufzustellen, wäre hier am Platze. Wer wird die Kosten dafür tragen müssen?

Bürstenmacher.

Karlsruhe. Daß auch die Kollegen und Kolleginnen in der Bürstenindustrie allmählich einsehen, daß nur der christliche Holz- arbeiterverband es ist, welcher ernstlich gewillt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, zeigte uns gerade der hiesige Ort. Vor einem Jahre war noch kein einziger Kollege organisiert und heute haben wir eine Zahlstelle von 130 Mitgliedern. Unsere Zahlstelle hat die Kraftprobe glänzend bestanden, da wir doch gerade im letzten Quartal einen riesigen Zuwachs zu verzeichnen hatten, trotzdem es die Fabrikanten versuchten, gleich bei Gründung ihr das Licht auszublauen. Sie glaubten durch Maßregelung der Kollegen den Verband unmöglich zu machen. Heute steht unsere Zahlstelle fester als je da. Dieses bewies auch unsere am 1. Jan. abgehaltene Generalversammlung, die vollständig besetzt war. In derselben gab Kollege Baumann, Mannheim einen Rückblick über das Wirken unseres Verbandes im vergangenen Jahre. Er führte uns die Vorteile und Erfolge, welche die Kollegen vielerorts zu verzeichnen hatten vor Augen. Ganz besonders die Verbesserungen, welche direkt durch den Verband errungen worden sind, da mehr wie 130 Lohnbewegungen stattgefunden haben, woran die Hälfte erst durch Streiks ihren Abschluß fanden. Heute komme es schon Tausenden von Kollegen zu gute, und die Lohnerrhöhungen türmen sich zu Tausende von Mark. Jedoch dürfe man auch die indirekten Erfolge nicht unterschätzen. Mancher Kollege Lage hätte sich verschlechtert, wenn nicht die Organisation sie hoch gehalten. Auch die Vorteile, welche der Verband den Kollegen durch die auf dem letzten Verbandstage beschlossenen Einrichtungen verschafft, sind nicht zu unterschätzen. Zum Schlusse begrüßte es der Referent, daß sich auch die Kolleginnen so zahlreich unserem Verbände angeschlossen haben und fest und treu den Kollegen zur Seite stehen im Kampfe um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wenn in Zukunft die Kollegen und Kolleginnen gemeinsam weiter arbeiten, den Verband nach innen wie außen festigen und alles daransetzen, die allerorts dem Verbände noch fernstehenden für uns zu gewinnen, so könne und werde der Erfolg nicht ausbleiben. In der Diskussion wurde besonders die schlechte Lage, in der sich vielfach die Bürstenmacher noch befinden, hervorgehoben. So verdient z. B. wir am hiesigen Ort: Arbeiter 15—18, Arbeiterinnen 5—8 Mk. pro Woche. So gut wie die Kollegen anderorts, leiden auch wir hier unter der Teuerung der Lebensmittel. Aber auf der andern Seite sehen wir, daß noch Tausende unserer Kollegen dem Verbände fernstehen und vielfach ihre schlechte Lage noch nicht erkannt haben. Da gilt es in erster Linie Aufmerksamkeit in unseren Reihen zu schaffen. Wenn wir unsere Lage verbessern wollen, so ist es unbedingt notwendig, daß sich die Kollegen und Kolleginnen überall und an allen Orten organisieren und sich Mann für Mann dem Zentralverbände christlicher Holz- arbeiter anschließen.

Meißnische Arbeiter.

Karlsruhe. Ein „guter Freund“ unseres Verbandes, scheint ein Borarbeiter im Autenrietherfaal der Faber'schen Meißnische Fabrik, dessen Name wir diesmal aus gewissen Gründen noch nicht veröffentlichten wollen, zu sein. Nachdem es ihm bereits im Frühjahr 1906 gelungen, unseren Kollegen L. brotlos zu machen, hat er das ganze verflozene Jahr benützt, um die „Christlichen“ zu diskreditieren. Obwohl in seinem Saal in Akkord gearbeitet wird, unternimmt er es, gerade unsere Mitglieder stundenlang auf Material und Arbeit warten zu lassen. Seine Lieblinge dagegen brauchen solches nicht. Er stellt letztere eben an die besten Maschinen und sorgt für hinreichendes Material. Diesen Zustand

so mit das Brot einzuengen wird, ist's welche von einem Schutze der deutschen Industrie und des Handels nichts wissen will und rückwärtslos gegen den „Militarismus“ zu Felde zieht.

Anstatt bestehende Verhältnisse ins Auge zu fassen, an einer Besserung derselben mit zu helfen, gefällt sich die Sozialdemokratie in die Rolle einer bramarbasierenden Größe, welche die Menschheitsideale

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

verwirklichen will. Sie schützt vor, die alleinige Partei zu sein, die das kulturelle Leben erst zur vollen Blüte und Reife bringen will und kann. Und doch lehrt auch hier die Erfahrung, daß die gepredigten Ideale selbst innerhalb der Sozialdemokratie nicht verwirklicht werden.

Freiheit des Zukunftsraates

bringen schon die Skandale am sozialdemokratischen

Sterbefaßel.

H. Galtiger und J. Schachtler, beide in Wähldorf, gestorben. Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Hans Braun f. Am Sonnabend den 5. Januar verschied in München der Zentralvorsitzende des Verbandes christlicher Hilfs- und Transportarbeiterverbandes Hans Braun. Mit ihm ist einer der Gründer unserer christl. Gewerkschaftsbewegung dahingegangen. Braun, ein Steinbrücker von Beruf, hat seine besten Kräfte der christl. Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Der von ihm geleitete Verband hat unter seiner Leitung recht gute Fortschritte gemacht. Trotz seiner schweren Krankheit, einem Lungenleiden, an dem er schon jahrelang litt, gönnte er sich nie Erholung. Noch am Tage vor seinem Tode erledigte er in gewohnter Weise die Verbandsgeschäfte.

Ueber seine Wirksamkeit, berichtet das „Neue Münchner Tageblatt“: „In den Jahren 1895 machte sich der nunmehr Verstorbene mit der katholischen Arbeiterbewegung vertraut und genoss in ihr bald das größte Ansehen. Die Unbillen des Lebens setzten jedoch dem wackeren Manne manchmal recht bitter zu. Durch Arbeitslosigkeit hatte er in der Sorge um seine Familie manchen Kampf zu bestehen. Mit der Gründung des Vereins Arbeiterchutz, welcher aus Fachsektionen der katholischen Arbeitervereine bestand, begann Braun 1896 seine gewerkschaftliche Laufbahn. Das Vertrauen seiner Mitglieder fandte ihn 1897 als Delegierten zum internationalen Arbeiterkongress nach Zürich. Von dort zurückgekehrt, hat er die Lehre mitgebracht, daß, wenn die christl. Arbeiterchaft an der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage arbeiten will, hierzu die Schaffung von christlichen interkonfessionellen Gewerkschaftsverbänden notwendig war. Er entwarf mit seinen Freunden das Programm, nach welchem zunächst die Gründung lokaler Berufsorganisationen in die Hand genommen werden sollte. Von da ab sehen wir Braun in zahlreichen Versammlungen als Redner, für die christlichen Gewerkschaften Propaganda machend. Unter idealen und persönlichen Opfern leitete er zielbewußt die junge Bewegung, welche bald auch außerhalb Münchens Wurzel faßte. Auf dem bayerischen Gewerkschaftskongress 1898 in München gab Braun weitere Direktiven für die Gründung von Zentralverbänden. Trotz der finanziellen Schwäche, herbeigeführt durch die minimalen Beiträge der damaligen Gewerkschaftsorganisationen, gründete er das erste christl. Gewerkschaftsblatt für München, den „Christlichen Gewerkschaftler“. Am 8. September 1900 wurde der damalige christlich-sozialer Verband der nichtgewerblichen Arbeiter gegründet, worauf Braun bald als freigestellter Beamter seine Tätigkeit fortsetzte. Sein Idealismus zeigte sich auch hier in vollem Maße, besaß der Verband doch in der ersten Zeit eine schwache finanzielle Grundlage. Die körperlichen Kräfte Brauns schienen schon im Jahre 1902 nachzulassen; eine Lungenkrankheit hatte sich seiner bemächtigt, die nur scheinbar nicht gefährlich war, zeitweise aber mit Heftigkeit auftrat. In den letzten Jahren war sein eifriges Bestreben, seinen Verband, dem er seit Gründung als Zentralvorsitzender vorstand, großanzuziehen. Das ist ihm auch gelungen.“

Braun war ein ehrlicher Kämpfer unserer Bewegung. Er liebte Offenheit und ein gerades Durchgehen. Seine Eigenart gerade war es, die ihm Sympathie sicherte. Ein treues Gedächtnis ist ihm in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gesichert. R. i. p.

Mit den Grenzfreitigkeiten über die Zugehörigkeit der Sattler besaßte sich eine am 9. Dezember in Köln stattgehabte Konferenz von Vertretern der Schuh- und Lederarbeiterverbände und unseres Verbandes. Die Aussprache endete mit der Annahme folgender Resolution: 1) Die bereits organisierten Kollegen können in der Organisation verbleiben, der sie bisher angehört haben. Die Einwirkung auf diese Kollegen, um sie zum Austritt zu bewegen, ist zu unterlassen. 2) Die Kapazitäten (Hollerer, Dekorateur, Wegengemäurer u.), sowie die in Wagen- und Waggonfabriken, sowie für Möbelgeschäfte tätig sind, gehören zum Holzarbeiterverband; im übrigen gehören die Sattler zum Schuh- und Lederarbeiterverband.“

Da nunmehr diese Grenzfreitigkeiten geschlichtet sind, erlauben wir die Darstellungen, unter den eben bezeichneten Kollegen, die zu unserem Verbands gehören, eine recht kräftige Agitation zu betreiben. Wo es eben möglich ist, gründe man für die Kollegen besondere Sektionen.

Die Freie der christl. Gewerkschaften im neuen Gewand. Mit Jahresbeginn hat sich in dem Prozedere der christl. Gewerkschaften wiederum ein bedeutender Aufschwung vollzogen. Sind doch nicht weniger wie fünf Verbände dazu übergegangen, ihr Organ nach der technischen und redaktionellen Seite hin zu vervollständigen. „Der Bergknappe“, das Organ der Bergarbeiter, wird vom 1. Jan. an den Dingen, die sie den Arbeitern zum Bewusstsein bringen.

Über den Einfluß des gegenseitigen Handels auf die Deutlichkeit der Arbeiter schreibt der „Korrespondent“ aus Anlaß der Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe in seiner Nummer 40: „Der sich seinen Kampfabstand in erheblicher Klammereinheit erhalten will, soll sich ja nicht mit Unterbrechungen an einem

Arbeiter und Literatur.

I
Schon in der Schule ist manchem Arbeiterkinde Gelegenheit gegeben, sich Bücher aus öffentlichen und Bibliotheken zu beschaffen. Zum größten Teil handelt es sich hier um die Unterhaltungsliteratur (Bellettristik). Den Inhalt bilden Romane, Erzählungen, Novellen, Gedichte, die in neuer Form erscheinende „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, wußt in seiner Nr. 1 einen Rückblick auf die Entwicklung des letzteren. Im Herbst 1894 konnte der Verband nach schweren Kämpfen gegründet werden. Im Schluß des Jahres 1895 zählte der Gewerkschaft 5600 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 4960,08 Mk., die Ausgaben 2528,98 Mk. Das Vermögen 2431,10 Mk. Der Gewerkschaft hatte seit seiner Gründung einen schweren Kampf zu bestehen. Überwunden hat er die Hindernisse in den Weg. Von rechts und links wurde er bekämpft. Auf der einen Seite von der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, auf der andern Seite von den Arbeitgebern. Diese bestrebten ihn des Arbeitervertrauens und der Arbeiterzufriedenheit, verkehrten ihn als Unternehmungskategorie und Lohnangehörigen, die sie sprachen von verheißenen Sozialleistungen. Aber alle Hindernisse wurden überwunden. Bald war der Kampf, den die Gründer und Förderer des Gewerkschafts kämpften, schwer, aber es ging vorwärts. Ende 1906 betrug die Mitgliederzahl 6500 und Ende 1906 über

75 000. Die Einnahmen betragen 1905 1,122,839,76 Mk., die Ausgaben 784,398,84 Mk., das Vermögen 889,490,23 Mk. Bei der Gründung des Gewerkschafts betrug der Beitrag 25 Pf. pro Vierteljahr und heute beträgt der Wochenbeitrag 40 Pf. Die Geschichte des Gewerkschafts ist der glänzendste Beweis für die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften und die in der christlichen Arbeiterchaft schlummernde Kraft zur Selbstbefähigung und der Emancipation. Schließend fügt der „Bergknappe“ dem Berichte bei:

„Immer vorwärts! ist unsere Losung. Und sollten uns die Hindernisse, welche sich uns entgegenstellen, unüberwindlich dünken, so wird uns ein Rückblick auf die bisherige Geschichte des Gewerkschafts wieder Mut machen, sie zu überwinden. Nichts kann uns zurückhalten, wenn wir eintig sind und vorwärts wollen, wenn wir alle an der Beseitigung der uns entgegenstehenden Hindernisse, besonders der Unwissenheit und Gleichgültigkeit, mitarbeiten. Wofür denn, nehmen wir uns heute einmal vor, alle wie ein Mann an der Ausbreitung und inneren Kräftigung des Gewerkschafts mitzuarbeiten, unsere ganze Kraft einzusetzen, damit es in Zukunft noch schneller wie bisher vorwärts geht, damit sich auch der letzte Unorganisierte dem Gewerkschaft angeschlossen. Arbeiten wir so, dann werden wir unsern großen Ziel, der geistlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes, der Anerkennung seiner Gleichberechtigung auf allen Gebieten, immer näher kommen.“

Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter. Nach einer Zusammenstellung, welche die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des genannten Verbandes im Jahresrückblick gibt, zählte der genannte Verband am Jahreschlusse 1906 rund 18 000 Mitglieder, gegen 11 800 am Ende des Jahres 1905. Die Zunahme betrug mithin 6200 Mitglieder, oder über 50 pCt. Die Agitation wurde in recht intensiver Weise betrieben, was durch die Gründung von 231 neuen Fachstellen erwiesen ist. Diesen Neugründungen steht ein Verlust von 87 Fachstellen gegenüber, was in der Regel auf den Mangel an geschulten Kräften zurückzuführen ist. Die Zentrale sucht dem heute durch Zusammenlegung der kleinen Ortsgruppen entgegenzuwirken. Der Verband war mit 960 Mitgliedern an Streiks und Aussperrungen beteiligt. 41 000 Mk. kamen für die kämpfenden Mitglieder zur Auszahlung. Diese Summe veranlaßte den Verband, die Beiträge von 20 Pf. für männliche Mitglieder auf 30 und 40 Pf., stufenweise, je nach Verdienstklassen, zu erhöhen. 28 Tarifverträge wurden abgeschlossen. In mehr als 100 Betrieben wurde die Arbeitsordnung durch Eingreifen des Verbandes verbessert. In 57 von dem Verbands allein und 26 mit anderen Verbänden gemeinsam durchgeführten Lohnbewegungen war ein friedliches Verhandeln möglich. An diesen Lohnbewegungen waren 6480 Mitglieder beteiligt. Einen großen Anteil an den Erträgen haben die städtischen Arbeiter. In ersteren 1600 — darunter die Bewegung der Fortarbeiter, die erst im Laufe des Jahres einsetzte, sowie die Militärarbeiter und mehr als 1400 Gemeindearbeiter. Soweit der Mehrverdienst kontrollierbar ist, beträgt derselbe bei den städtischen Arbeitern pro Kopf und Jahr durchschnittlich 68 Mk., bei den Gemeindearbeitern 78 Mk., im Gesamtbeitrage von 108 000 Mk. Der Mehrverdienst, der für rund 4000 Mitglieder in den Privatbetrieben erzielt wurde, beträgt 224 000 Mk. oder pro Kopf und Jahr 56 Mk. Von den geführten Streiks verliefen 11 mit 280 Mitgliedern resultatlos. Interessant ist die Tatsache, daß von den 960 im Streit gewesenen Mitgliedern 450, also mehr als die Hälfte, noch kein Jahr Mitglied des Verbandes waren. Hierzu schreibt das Blatt:

„Solch ungeschultem Drangängertum, das dem Verbands niemals Nutzen bringt, muß energig begegnet werden. Selbst auf die Gefahr hin, einige 100 Mitglieder zu verlieren, sollen sich die Bezirksleiter niemals zwischen Dingen und Dingen in einer Bewegung scheitern lassen, und es sei schon jetzt betont, daß die Zentrale mehr als bisher, wenn die Vorbereitungen zu einem erfolgreichen Handeln nicht gegeben sind, Streikbewilligungen verweigern wird.“

Aus dem Verbands heraus entwickelte sich der Zentralverband der Herrschaftsbediensteten und Diensthöten, der ebenfalls einige hundert Mitglieder binnen weniger Monate gewonnen hat.

Soziale Rundschau.

St. Petersburg mit dem Japf. Er lebt noch; zur Freude seiner Verehrer. Nicht etwa in Ostbrien, sondern im Rheinlande hat er sein neuestes Domizil. Sämtliche Aachener Jahressellen der christlichen Gewerkschaften erhielten nämlich durch seinen Vertreter, das Königl. Polizeipräsidium, folgendes Schreiben:

„Die Anzeigen über die seit Einreichung des Berzeichnisses der Mitglieder der Jahressellen Aachen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands eingetretene Veränderungen sind nicht mit der vorgeschriebenen Vollständigkeit und Regelmäßigkeit erfolgt.“

- Der Verband ersucht ich daher ergebenst:
1. am 4. Januar 1907 ein vollständiges Verzeichnis der am 1. Januar 1907 vorhandenen Mitglieder der Jahressellen unter Angabe der Vor- und Zunamen, des Standes und der Beziehung der einzelnen Mitglieder und unter besonderer Hervorhebung der Vorstandsmitglieder, als: Vorsitzende, Schriftführer, Kassierer, Bibliothekar oder nach ihrer sonstigen bestmöglichen Stellung im Vorstande einzureichen;
 2. für die Folge die weiter eintretenden Veränderungen im Mitgliedsverzeichnisse, d. h. alle Zu- und Abgänge von Mitgliedern, entsprechend der Vorschrift in § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1880 binnen 3 Tagen, nachdem sie eingetreten sind, unverzüglich an die Königl. Polizeidirektion hier einzureichen.“

Obachtung muß sein, besonders in Preußen, wo sich bei uns keine Paragraphe vorfindet. Nur die Frage sei erlaubt, warum in Preußen mit einigen anderen reichsweiten Staaten ein Vereins- und Berzeichnungsrecht besteht, das keinen praktischen Wert hat, den Vereinsleitungen aber viel unangenehme Arbeit macht. Jeder, der nur einigermaßen mit der Bedeutung einer größeren Jahresselle vertraut ist, wird wissen, welche Härten das Gesetz nun immer selbst in sich birgt. Mit einem derartigen Streifen muß einmal gründlich aufgeräumt

werden, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Reihe von Verwaltung-, Polizei- und Gerichtsbeamten in nutzbringendere Beschäftigung getan werden müssen.

Die Mitgliedschaft der Konsumvereine findet abermals ihre Bestätigung durch den von dem Konsumverein „Eintracht“ in Köln-Mülheim a. Rh., dessen Zeitung in Händen christlicher Arbeiter liegt, herausgegebenen Geschäftsbericht. Einen ungeahnten Aufschwung sowohl bezüglich des Umsatzes als auch der Zunahme der Mitglieder brachte das vierte Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl ist von 4585 auf 5924 gestiegen. Der Umsatz im eigenen Geschäft erhöhte sich gegen das Vorjahr um 229859,05 Mk. und beträgt 978 864,07 Mk. Im Lieferantengeschäft wurde ein Mehrumsatz von 172 435 Mk. erzielt, es erreichte die Höhe von 628 006 Mk. Demnach beträgt der Gesamtumsatz 1 602 470,07 Mk. Die Genossenschaft besitzt 17 Filialen. Das finanzielle Ergebnis ist ein sehr erfreuliches. Die Mitglieder erhalten 7% des Wareneinkaufs als Sparguthaben gutgeschrieben und ausbezahlt, welches eine Summe von 67 626,75 Mk. repräsentiert. Auf Lieferantemarken werden 5% zurückvergütet, was eine Summe von 31 400,30 Mk. ausmacht. Die Gesamtsumme, die den Mitgliedern als Sparguthaben, Rückvergütung und Zinsen ausbezahlt wird, beträgt 100 744,87 Mk. Außer diesen Rückvergütungen usw. erzielte die Genossenschaft noch eine Ersparnis von 15 145,71 Mk. Davon wurden 5 000 Mk. dem Reservefonds, 4 000 Mk. dem Produktionsfonds, 4 000 Mk. dem Baufonds und 1 745,71 Mk. dem Dispositionsfonds zugeschrieben. Mit diesen Ueberweisungen betragen die Reserven der Genossenschaft 26 778,11 Mk. Die Genossenschaft beschäftigt 52 Angestellte. Dieser Bericht wurde seitens der Generalversammlung einstimmig gutgeheißen, desgleichen die Einführung einer Sterbeunterstützung nach folgenden Sätzen: Beim Tode von Kindern bis zum zweiten Lebensjahre 5 Mk., bis zum achten 10 Mk., bis zum fünfzehnten 15 Mk. Für das Mitglied oder dessen Ehegattin 30 Mk. Für die Zahlung ist Vorbedingung, daß das Mitglied im letzten Geschäftsjahre für einen bestimmten Betrag in eigenen Geschäft gekauft hat. Ein neuer Gehaltsstarif für die Angestellten, der denselben bedeutende Verbesserungen bringt, wurde genehmigt. Die Genossenschaft erweist sich demnach als eine für die Beteiligten recht vorteilhafte Einrichtung.

Soziale Rechtsprechung.

Krankheit und Invalidenversicherung. Eine wichtige Entscheidung in der Invalidenversicherung hat das Reichsversicherungsamt getroffen. Sie geht dahin, daß auf die 100 Pflichtbeiträge, von deren Leistung der Eintritt der verkürzten Wartezeit von 200 Beitragswochen abhängig ist, Krankheitswochen angerechnet werden können. Das Gesetz könnte zwar so ausgelegt werden, daß die abgekürzte Wartezeit von 200 Beitragswochen nur solchen Personen zu gute kommen sollte, die tatsächlich 100 Beiträge geleistet haben. Dieser Auslegung gegenüber ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Anrechnung von Krankheitswochen als Beitragswochen ohne jede Beschränkung für zulässig erklärt ist, und es schon um deswillen nicht gerechtfertigt erscheint, die Ergänzung der erforderlichen 100 Pflichtbeiträge durch Krankheitswochen oder sonstige Ersatzleistungen auszuschließen. Eine abweichende Auslegung würde eine Unbilligkeit gegenüber allen denjenigen Versicherten darstellen, die vor Entrichtung von 100 Pflichtbeiträgen zwar noch nicht erwerbsunfähig im gesetzlichen Sinne, wohl aber berufsunfähig geworden und genötigt sind, sich, statt als Arbeiter, als kleine Unternehmer oder Hausgewerbetreibende zu ernähren.

Mitteilungen der Sekretariate.

Stuttgart.
Verschiedene Veränderungen haben eine Neuregelung der Agitationsbezirke notwendig gemacht. Diese ist nun im Einverständnis des Zentralvorstandes und mehrerer Bezirkskonferenzen erfolgt.
Für den 3. Bezirk ist Kollege Josef Braig, Laupheim Sternstraße 14 als Vorsitzender bestimmt worden.
Für einen Teil des Schwarzwaldes ist ein neuer Bezirk gebildet worden und gehören die Jahressellen Furtwangen, Lauterbach, Neustadt, Schramberg, Schwemingen, Triberg und Billingen zu denselben. Bezirksvorsitzender ist Kollege B. Vossenmaier Schramberg, Haidballe 7.
Den übrigen Jahressellen des bisherigen 5. unumkehr 6. Bezirks diene zur Mitteilung, daß sie sich in allen, die Agitation betreffenden Fragen, auch an den Kollegen Franz Wagner, Mühlhausen (St.), Belfortstraße 21 wenden können.
An alle Kollegen des Bezirks sei wiederholt die nachdrücklichste Bitte gerichtet, in der nächsten Zeit alles anzubieten, um unsern Verband vorwärts zu bringen. Nur wenn jeder Einzige nach besten Kräften mitwirkt, können wir weiterhin Erfolge erzielen.

Zahlstelle Wiedenbrück.

Samstag, den 12. Januar, abends 9 Uhr
General-Versammlung.
Solljähriges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zahlstelle Schönlanke.

Samstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Berei. Stofal Lege statt
General-Versammlung
Solljähriges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Carl Janßen, Köln
Druck von Gebrüder Neumann, Köln.